

Nr. 6872 13

1994 -07- 11

II-14271 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Schmidt und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Fragebogen zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes

Den unterzeichneten Abgeordneten ist ein Fragebogen zur Kenntnis gelangt, der - jedenfalls im Burgenland - von Gemeinden an Bürger ausgeschickt wird (siehe Beilage), in dem detaillierte Auskünfte über die Art und Nutzung der Unterkunft, über die Wahl der Verkehrsmittel, über die Familienverhältnisse und sogar über Art und Ausmaß gesellschaftlicher und kultureller Kontakte und Betätigungen (!) verlangt werden.

Für die unterzeichneten Abgeordneten ist kein Grund ersichtlich, der Behörden ermächtigen könnte, derartige Angaben unter Namensnennung der Betroffenen einzufordern. Vielmehr scheint die gegenständliche Aktion ein massiver Eingriff in die Privatsphäre des Einzelnen zu sein und gegen den Geist der Grund- und Freiheitsrechte zu verstoßen.

Dieser Fragebogen wurde angeblich von der Gemeindeabteilung der burgenländischen Landesregierung in Zusammenhang mit dem Wählerevidenz-gesetz erstellt, um eine klare Zuordnung der Bürger zu Gemeinden bezüglich des aktiven und passiven Wahlrechtes treffen zu können.

Abgesehen davon, daß aus dem Wählerevidenzgesetz nicht klar hervorgeht, daß die Behörden ermächtigt sind, die Bürger mit Fragebögen zu behelligen, besteht die Gefahr, daß die erhobenen Daten, die auch sehr konkret den persönlichen Lebensbereich berühren, zu anderen Zwecken im Bereich des Meldewesens und der Datenverarbeitung herangezogen werden. So heißt es etwa im kürzlich vom Parlament beschlossenen und 1995 in Kraft tretenden Hauptwohnsitzgesetz, daß Bürgermeister zur Vorbereitung der Durchführung des Reklamationsverfahrens zur Feststellung des Hauptwohnsitzes ermächtigt sind, auch "all jene Daten zu verarbeiten, die sie selbst in Vollziehung eines Bundes- oder Landesgesetzes ermittelt haben" (§ 15, Abs 6). Die angebliche Intention dieses Gesetzes, daß im Prinzip jedermann selbst den Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen bestimmen kann, wird durch solche Bestimmungen ad absurdum geführt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundesminister für Inneres:

1. Wie beurteilen Sie den beigelegten Fragebogen im allgemeinen?
2. Aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmungen wird der dieser Anfrage beigelegte Fragebogen zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes an welche Personen verteilt?

3. Handelt es sich bei der Ausgabe dieses Fragebogens um eine Maßnahme im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung zur Vollziehung des Wählerevidenzgesetzes? Wenn ja, auf welche Bestimmung dieses Gesetzes beruft man sich dabei?
4. In welchen Bundesländern kommt dieser Fragebogen zur Verteilung?
5. Welche Personen müssen einen solchen Fragebogen aus welchem Anlaß ausfüllen?
6. Welche Behörde ist oder war für die Konzeption des Fragebogens verantwortlich?
7. Sind Sie der Ansicht, daß alle in dem Fragebogen angeführten Angaben zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes notwendig sind?
8. Wenn ja, aus welchem Grund trifft dies auch auf die Art der Kontakte und kulturellen Betätigungen zu?
9. Sind Sie der Ansicht, daß mündige Bürgerinnen und Bürger fähig sind, selbst zu bestimmen, wo sich ihr ordentlicher Wohnsitz bzw. Hauptwohnsitz befindet? Wenn ja, wozu benötigt man dann solche Fragebögen? Wenn nein, warum nicht?
10. Können Sie garantieren, daß die durch diesen Fragebogen erhobenen Daten nicht im Rahmen von Erhebungen in Vollziehung des Meldegesetzes oder ab 1995 des Hauptwohnsitzgesetzes oder sonstiger gesetzlicher Bestimmungen zur Überwachung der Bürger verwendet werden? Wenn ja, wie interpretieren Sie dann den oben erwähnten § 15 Abs 6 des Hauptwohnsitzgesetzes?
11. Welche Erhebungen sind für die Durchführung des Reklamationsverfahrens im Rahmen des Hauptwohnsitzgesetzes vorgesehen?

17. J. Brand
Exz. P.

BEILAGE

FRAGEBOGEN

zur Feststellung des ordentlichen Wohnsitzes

NAME:

GEB. DATUM:

1. Familienstand:

- ledig
- verh.
- gesch.
- verw.

2. Beruf:

Anschrift des Arbeitsplatzes:

Hauptstraße 72
24.05.1993

3. Kinder:

- nein
- ja, und zwar: (Anzahl)

- Anzahl der im gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder.
- Anzahl der Kinder, die einen Kindergarten, eine Schule, Universität, etc. besuchen.
- Anzahl der in Lehrberufsausbildung stehenden Kinder.

Schulort (Kindergarten) bzw. Ausbildungsort der Kinder:

4. Berufstätigkeit des Ehegatten:

- nein
- ja, und zwar in folgendem Beruf:

Anschrift des Arbeitsplatzes:

5. Besitz von Kraftfahrzeugen:

- nein
- ja, und zwar:
 - PKW
 - Motorrad
 - Kombi
 -

Kennzeichen:

6. Bei mehreren Wohnsitzen:

ANSCHRIFT VON WOHNSTZ A:

ANSCHRIFT VON WOHNSTZ B:

Wohnsitz A

Wohnsitz B

6.1. Art der Unterkunft:

- Ein- od. Zweifamilienhaus
- Eigentumswohnung
- Mietwohnung
- Untermiete
- Studentenheim
- Sonst.:

6.2. Ausstattung der Unterkunft:

Am Wohnsitz A:

Nutzfläche: *85* m²
 Anzahl der Räume: *2*

Art der Räume: *2 Zimmer, Küche, Kabinett*

Am Wohnsitz B:

Nutzfläche: *80* m²
 Anzahl der Räume: *2*

Art der Räume: *2 Zimmer, Küche, Kabinett*

6.3. Während welcher Zeit innerhalb eines Jahres wird die Unterkunft bewohnt?

- Ganzjährig
- durch Monate
- durch Monate

Zutreffendes Kästchen bitte ankreuzen!

Wohnsitz A **Wohnsitz B**

6.4. An wieviel Tagen pro Woche wird die Unterkunft bewohnt?
 Die ganze Woche
 Montag bis Freitag
 Montag bis Samstag *3Tg.*
 durch ...4... Tage hindurch

6.5. Ständige Mitbewohner in der Unterkunft
 Ehegatte
 Kinder
 Eltern(teil)
 Keine

6.6. In welcher Wohnsitzgemeinde sind Sie polizeilich gemeldet?
 In Wohnsitzgemeinde A seit:
 In Wohnsitzgemeinde B seit: *1981*

6.7. In welcher Wohnsitzgemeinde sind Sie in der Wähler-evidenz eingetragen?
 Ingetragen seit: *1975*

6.8. An welchem Wohnsitz haben Sie am 31.12. des vergangenen Jahres gewohnt?
 Wohnsitz A **Wohnsitz B**

6.9. An welchem Wohnsitz wird ein eigener Haushalt geführt?
 Wohnsitz A **Wohnsitz B**

6.10. Von welchem Wohnsitz aus wird der Weg zur Arbeitsstätte angetreten?
 täglich (an Arbeitstagen)
 Montag bis Freitag *4Tage* *3Tage*

6.11. Welches Verkehrsmittel wird zur Erreichung der Arbeitsstätte benützt?
 Eigenes Fahrzeug
 Autobus
 Bahn *Fußmarsch*

6.12. Von welchem Wohnsitz aus wird der Weg der Kinder zur Schule (zum Kindergarten od. Ausbildungsort) angetreten?
 Wohnsitz A **Wohnsitz B**

Wohnsitz A **Wohnsitz B**

7. In welcher Gemeinde haben Sie einen landwirtschaftlichen Betrieb?
 In der Wohnsitzgemeinde
 In der Gemeinde:

und zwar:
 Ackerfläche mit m²
 Wald mit m²
 m²
 selbst bewirtschaftet
 verpachtet

8. In welcher Gemeinde führen Sie einen Gewerbebetrieb?
 Art des Gewerbebetriebes: *Reinigungsarbeiten-Erzeugung*

9. Gesellschaftliche Kontakte und kulturelle Betätigung
 in Wohnsitzgemeinde
 in der Gemeinde:

9.1. Art der Kontakte und kulturellen Betätigung (z.B. bei lokalen Vereinen und Institutionen; Besuch kultureller Veranstaltungen):
~~.....~~
~~.....~~
~~.....~~

10. Sonstige Kriterien:

17.6.04
 Datum

[Signature]
 Unterschrift

nein
 ja, und zwar:

PKW
 Kombi

Kennzeichen:

Motorrad



..... innerhalb welcher Zeit
innerhalb eines Jahres wird die
Unterkunft bewohnt?

Ganzjährig
durch Monate
durch Monate



→ Zutreffendes Kästchen bitte ankreuzen! ←